

Januar 2007

Stabwechsel in Downing Street Was kann von Gordon Brown erwartet werden?

Ernst Hillebrand

Aller Voraussicht nach wird Gordon Brown im ersten Halbjahr 2007 das Amt des britischen Premierministers übernehmen. Die Konturen seines Regierungsprogramms werden allmählich in groben Zügen erkennbar. Korrekturen in der Außenpolitik sind ebenso zu erwarten wie eine Neujustierung der Reformpolitik im Inneren und eine deutliche Verjüngung des Kabinetts.

Falls nicht etwas sehr Unvorhergesehenes passiert, wird Tony Blair innerhalb der nächsten sechs Monate als Premierminister zurück treten und den Platz für den Schatzkanzler Gordon Brown frei machen. Als wahrscheinlichster Zeitplan gilt, dass Blair im Mai, nach seinem zehnjährigen Amtsjubiläum, seinen Rücktritt verkünden wird. Bei dem G8-Gipfel in Heiligendamm Anfang Juni wird er sich dann von der internationalen Bühne verabschieden und Anfang Juli wird Gordon Brown, nach einem Labour-internen Wahlverfahren, das Amt des Premierministers schließlich übernehmen.

Zwei Unwägbarkeiten könnten aus heutiger Sicht diesen Zeitplan in Frage stellen:

- Sollten die Umfragewerte für Labour für die Anfang Mai statt findenden Regionalwahlen in Schottland und Wales – zwei wichtige regionale Bastionen der Partei, von zentraler Bedeutung auch für die Mehrheit im Unterhaus – weiterhin nach Süden weisen, könnte die Partei versucht

sein, den Rückzug Blairs zu beschleunigen. Dies ist allerdings unwahrscheinlich, denn unter diesen Umständen würde eine möglicherweise nicht mehr vermeidbare Wahlniederlage den Beginn der Regierungszeit Browns belasten.

- Sollte es in der Affäre um den vermuteten „Tauschhandel“ von Oberhaus-Sitzen gegen Parteispenden zu einer Anklageerhebung gegen enge Vertraute des Premierministers kommen, würde dieser unter erheblichen Druck geraten, von seinem Amt zurückzutreten. *Scotland Yard* will Anfang Februar das Ermittlungsdossier den Strafverfolgungsbehörden übergeben. Laut Medienspekulationen erwägt die Polizei, die Erhebung von Anklagen in zwei Fällen zu empfehlen.

Der lange Schatten des Irakkrieges

Unabhängig davon, zu welchem Zeitpunkt genau Tony Blair im Lauf der nächsten Monate die Amtsräume in Downing Street

Ernst Hillebrand ist Direktor des Londoner Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung

räumen wird, geht mit ihm ein Politiker, der in den Augen der Öffentlichkeit seinen politischen und moralischen Kredit schon seit längerem weitgehend verbraucht hat. *All political careers end in failure*: Auch Tony Blair – alles in allem einer der erfolgreichsten britischen Premierminister des letzten Jahrhunderts – hat es nicht geschafft, aus dem Amt zu scheiden, so lange sein politisches Prestige noch intakt war.

Vor allem die Außenpolitik der letzten Jahre wird von der Öffentlichkeit als ein Total-schaden wahrgenommen, bei dem nicht nur das internationale Prestige Großbritanniens gelitten hat, sondern auch das Verhältnis zu wichtigen europäischen Partnern beschädigt wurde. Die innenpolitischen *spill-over*-Effekte der gescheiterten Irakpolitik – Terrorismusgefahr, Desintegrationstendenzen der muslimischen Bevölkerung, Intensivierung restriktiver polizeistaatlicher Maßnahmen – werden als zusätzliche Negativeffekte gesehen. Die von der Regierung geplante Halbierung des britischen Irak-Kontingents im Laufe des Jahres 2007 wird an dieser Einschätzung nichts mehr ändern können. Aber auch auf den meisten anderen Politikfeldern konnte in den letzten Jahren und Monaten nicht mehr viel bewegt werden. Die rundum erfolgreichen Bereiche der Blair'schen Amtsjahre – Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, Infrastrukturmodernisierung und Haushaltspolitik – sind ohnehin stärker mit dem Namen Gordon Browns als mit dem Tony Blairs verbunden.

Ironischerweise ist es Gordon Brown, der im Moment von Blairs Nicht-Loslassen-Können am meisten profitiert: Seit dem „historischen“ Wahlsieg im Mai 2005 ist der Premierminister gleichsam im Zeitraffer von der Überlebensgröße des dreifachen Seriensiegers auf politisches Normalmaß geschrumpft. Hatte letztes Jahr noch die Frage dominiert, wie „blairistisch“ Brown sich werde geben müssen, um Autorität in der Fraktion und Popularität bei den Wählern gewinnen zu können, so vermag die heutige Figur Tony Blairs keine langen Schatten mehr auf seinen Nachfolger zu werfen. Mit jedem Monat der ins Land geht, wird Brown freier, von Anfang an eine eigene politische Linie zu verfolgen.

Die Perspektiven einer ersten Amtsperiode Gordon Browns

Was kann von dem „neuen Mann“ erwartet werden? Die Herausforderungen für Brown sind erheblich: Regierung und Partei sind in einem relativ schlechten Zustand und Brown muss sehr schnell beweisen, dass seine Amtszeit nicht eine Fortsetzung Blairs mit anderen Mitteln, sondern ein echter Neuanfang ist. Dies hat weniger damit zu tun, dass die Kernelemente der Blair/Brown'schen Politik der letzten Jahre gesellschaftlich nicht mehr akzeptiert wären, sondern damit, dass das Land nach 10 Jahren Labour-Regierung sich nach einer Abwechslung in Stil, Rhetorik und Verkörperung von Politik zu sehnen beginnt. Dieser Neuanfang muss sowohl auf einer moralischen wie auf einer inhaltlichen, aber auch auf einer personellen Ebene ansetzen. Für die meisten dieser Dinge scheint Brown relativ gut gerüstet: Ihm und seinem Umfeld ist es bisher gelungen, in keine der moralisch-politischen „Affären“ der Amtszeit Blairs involviert zu werden. Was die inhaltliche Seite angeht, wird allgemein vermutet, dass der versessene analytische Denker Brown die letzten Jahre systematisch dazu genutzt hat, inhaltliche Positionen für den Tag seines Amtsantritts aufzubauen. Wenige Spitzenpolitiker dürften mehr Bücher gelesen haben als er.

Die Grundrichtungen der Brown'schen Politik

Brown, so vermuten Beobachter, werde in den ersten 100 Tagen seiner Amtszeit ein Feuerwerk von Reformankündigungen abbrennen, mit dem er sich als die zentrale Figur der britischen Politik etablieren, den Neuanfangscharakter seiner Amtszeit betonen und der Herausforderung durch den jüngeren und telegeneren Tory-Chef David Cameron die Spitze nehmen möchte. „Ein neue Art von Politik im Lande und ein neuer Regierungsstil“ seien, so Brown in der BBC am Jahresanfang, in Zukunft notwendig.

In welche Richtung könnten diese Vorhaben gehen? Betrachten wir die drei Felder

Innen-, Außen- und Personalpolitik im Einzelnen:

Innenpolitik

Hier sind durch die Ausrichtung des Anfang Dezember vorgelegten *Pre-Budget Reports* und einige Interviews die Perspektiven etwas klarer geworden. Brown wird den Themen Erziehung und Umwelt – vor allem der Frage der Reduktion des CO²-Ausstoßes – wohl eine größere Priorität einräumen und die entsprechenden Mittel bereitstellen. Das Umweltthema ist allerdings ein zweiseitiges Schwert für Brown: Auf der einen Seite zweifeln wenige Beobachter daran, dass Brown das Thema ernster als Blair nehmen wird; nicht zuletzt ist die im November vorgestellte „*Stern-Review*“ zu den Kosten des Treibhauseffekts von der *Treasury* initiiert worden. Auf der anderen Seite wird Brown allerdings in Fortsetzung seiner bisherigen Politik Alles unterlassen, was die relative Wettbewerbsfähigkeit britischer Unternehmen negativ beeinflussen oder wachstumsstarke Segmente der britischen Wirtschaft – wie etwa den Flugverkehr mit den in ganz Europa operierenden Fluggesellschaften BA und *EasyJet* – negativ betreffen würde. Die Zurschaustellung ökologischer Gesinnung dürfte also weitgehend auf symbolischer Ebene stattfinden und auf den Bereich des Mikromanagements von Abfallwirtschaft und kommunalen Verkehrsströmen und der Förderung von Energieeinsparung konzentriert werden.

Reformen am politischen System

Ein Gebiet, auf dem Brown sein Image als „Reformer“ zu festigen hofft, sind Verfassungsfragen. Allgemein wird erwartet, dass Brown mit einer Reihe von Vorschlägen zur Modernisierung der politischen und administrativen Institutionen des Landes aufwarten wird, ohne jedoch so weit zu gehen, eine geschriebene Verfassung für Großbritannien zu fordern. Erwartet werden Initiativen zur Stärkung der Rolle des Unterhauses (vor allem bei Auslandseinsätzen

des Militärs), eine Intensivierung der Bemühungen zur Reform des Oberhauses mit einer Umwandlung des *House of Lords* in eine zweite Kammer mit gewählten Mitgliedern; Vorschläge zur Stärkung der Autonomie von Kommunen und Stadtverwaltungen im hyperzentralisierten britischen Verwaltungssystem (ohne allerdings die Schaffung von intermediären Gebietskörperschaften zu forcieren); und eine Reihe von Initiativen zur Stärkung von Institutionen und Mechanismen der Bürgerbeteiligung auf lokaler Ebene und innerhalb des Gesundheits- und Bildungssystems als Ausdruck des Willens, in Zukunft weniger autoritär von oben zu regieren als dies Labour in der Vergangenheit getan hat. Auch hier sollte aber keineswegs Revolutionäres erwartet werden; es geht – wie immer bei Strukturreformen in der politischen Architektur des Vereinigten Königreichs – um inkrementelle Veränderungen. Und Brown gilt bisher nicht als ein Mann, der auf Kontroll- und Einflussmöglichkeiten der Zentralbehörden ohne Not verzichtet.

Eine ungeklärte Frage, die für Brown als Schotten besonders kompliziert ist, ist die Frage nach der Zukunft der „*union*“. Sollten bei den Regionalwahlen in Schottland im Mai 2007 die schottischen Nationalisten tatsächlich sehr gut abschneiden, könnte sich die Perspektive eines Unabhängigkeitsreferendums in Schottland abzeichnen. Dies würde unweigerlich die Frage nach der politisch-konstitutionellen Verfasstheit der Territorialeinheit England auf die Tagesordnung setzen und GB in eine Verfassungskrise stürzen.

Im Bereich der klassischen Innenpolitik sind von Brown keine Veränderungen zu erwarten. Nicht zuletzt angesichts der nach wie vor akuten Terrorgefahr wird er die *law and order*-Line Blairs der letzten Jahre weiter fortsetzen. Eine offene Frage ist die nach der Zukunft des Innenministeriums (*Home Office*). Das Mega-Ministerium hat einen Großteil der Regierungs- und Verwaltungsspannen der letzten Jahre produziert und ist auch unter John Reid nicht aus den Schlagzeilen heraus gekommen. Eine Trennung in ein Innen- und ein Justizressort scheint überfällig.

Außenpolitik

Irak, Afghanistan und das Verhältnis zu den USA

In der Außenpolitik – vor allem der Irak-Frage – ließen sich theoretisch am schnellsten Veränderungen durchführen, die der Bevölkerung einen tatsächlichen „Neuanfang“ unter einem Premierminister Brown signalisieren würden. Dennoch erscheint es unwahrscheinlich, dass Brown einen „Zapatero“ macht und zum Amtsantritt einen raschen vollständigen Abzug der Truppen aus dem Irak ankündigt. Die Grundvoraussetzungen dafür wären allerdings gegeben: Die Unpopularität des Krieges ist im Jahr 2006 weiter gestiegen. Dazu haben neben den Ereignissen im Irak selbst verschiedene Dokumente über die massiven menschlichen Opfer des Krieges (bis zu 650.000 zusätzliche Tote laut einer Untersuchung der *Johns Hopkins University*) und neue Zweifel an der Begründung des Krieges beigetragen. Sir Richard Dannatt, der Oberkommandierende der britischen Armee, bezeichnete in einem Interview mit der *Daily Mail* im Oktober die Militäraktion relativ unverblümt als eine Art Überfall – die Alliierten seien im Irak „nicht eingeladen“ gewesen; *„we effectively kicked the door in.“* Die Präsenz ausländischer Truppen im Irak habe die Sicherheitsprobleme auf der Welt nicht ent-, sondern verschärft. Es ist ein Ausdruck der politischen Schwäche des scheidenden Premierministers, dass Blair es tatsächlich nicht wagte, den General für dieses Interview – massiver kann man als Soldat eine Regierung eigentlich nicht kritisieren – in den Ruhestand zu schicken. Auch gilt Gordon Brown nicht als jemand, der den Krieg in dieser Form gewollt hätte. Der frühere Innenminister David Blunkett schrieb in seinen im Herbst 2006 veröffentlichten Erinnerungen, dass sich Brown erst in allerletzter Minute, unter der Drohung einer Entlassung durch Tony Blair, dazu entschlossen hätte, den Angriff auf den Irak zu unterstützen.

Ein Truppenabzug hätte zudem wenig militärische Konsequenzen. Die britische Armee, so Anthony Cordesman, der Irak-Experte des amerikanischen *Centre for Strategic and International Studies* im No-

vember, „ist in Basra im Kern militärisch besiegt worden“. Die Stadt sei faktisch unter der Kontrolle zweier lose koordinierter schiitisch-islamistischer Milizen. Die britischen Truppen widmen eine erheblichen Teil ihrer Aktivitäten schon seit langem dem reinen Eigenschutz des Kontingents, ohne in der Lage zu sein, weitere politisch-militärische Ziele in der Stadt oder dem Süd-Irak zu verfolgen. „60% sind auch ein gutes Ergebnis“ fasste Mitte Januar der Befehlshaber der britischen Truppen in Basra die zurückgeschraubten Erwartungen der britischen Militärführung zusammen. Die militärische Relevanz der britischen Truppen könnte sich allerdings dann ändern, wenn die amerikanischen Truppen in den kommenden Wochen und Monaten tatsächlich stärker militärisch gegen die schiitischen Milizen in Bagdad vorgehen sollten. Unter diesen Umständen könnte die britische Präsenz im Süden für die Sicherung der Versorgungswege der Amerikaner eine gewisse Bedeutung erhalten.

Wenn es insgesamt unwahrscheinlich ist, dass Brown die Truppen rasch vollständig abzieht, so liegt dies daran, dass es im politisch-publizistischen Establishment des Landes (noch) einen gewissen Konsens darüber gibt, dass man den Irak jetzt nicht in seinem komplett destabilisierten Zustand verlassen sollte. Die möglichen regionalen Konsequenzen – einschließlich einer indirekten oder direkten Konfrontation zwischen Saudi-Arabien und dem Iran – sind viel zu gravierend. Solange sich die Verluste der britischen Einheiten im Irak (mit 129 Toten bisher) in engen Grenzen halten, scheint auch die Bevölkerung bereit, eine weitere Präsenz der Truppen im Irak zu akzeptieren. Zudem würde ein einseitiger britischer Abzug unter Brown diesen die Unterstützung der Murdoch-Presse kosten, auf die er aber angewiesen ist, will er 2008 oder 2009 Wahlen gewinnen.

Allerdings ist von Gordon Brown eine Distanzierung von der Blair'schen Linie der bedingungslosen Loyalität zur Politik George W. Bushs zu erwarten. Brown hat dies bereits in einem Neujahrs-Interview mit der BBC klar gemacht, als er erklärte, er werde nicht zögern, „offene Worte“ gegenüber den USA zu benutzen; seine Regierung werde

„den britischen nationalen Interessen“ verpflichtet sein. Die Spielräume für eine solche Distanzierung von Bush (und Blair) sind nicht zuletzt durch das Ergebnis der *Mid-Term*-Wahlen in den USA erheblich größer geworden; gleichfalls hat die vorsichtige Distanzierung der Tories unter David Cameron von der Bush-Administration dazu geführt, dass eine kritischere Tonlage gegenüber Washington weder in London noch in Washington als „anti-amerikanisch“ gebrandmarkt werden kann.

Ein weiteres schwieriges Erbe der Blair'schen Amtszeit, das Brown sehr schnell zu managen haben wird, ist der Konflikt im Süden Afghanistans. Nachdem im Mai vergangenen Jahres der damalige Verteidigungsminister John Reid noch erklärt hatte, man werde die Mission in der Helmand-Provinz möglicherweise in ein paar Jahren beenden, ohne einen einzigen Schuss abgegeben zu haben, sah sich die britische Armee im Herbst nach eigenen Angaben in „die heftigsten Gefechte seit dem Korea-Krieg“ verwickelt. Die Frage ist, in wie weit diese unerwartete Eskalation auch auf das Vorgehen der britischen Truppen selbst zurück zu führen war. Die britische Armee hat sich von Anfang an für eine aggressive *Counter-Insurgency*-Strategie entschlossen, die nicht nur ein offensives Vorgehen gegen die Taliban, sondern auch die Drohung der Ausrottung des Opium-Anbaus beinhaltet. Im Moment sieht es so aus, als ob sich im Süden Afghanistans eine klassische Guerillakriegsszenerie entwickelt, in der die erheblichen zivilen Opfer der alliierten *Counter-Insurgency*-Operationen den Taliban permanent neue Sympathisanten zutreiben. Gleichzeitig entsteht das Bild eines britischen Militärapparates, der aufgrund der dünnen Truppen- und Materialdecke unter der Doppelbelastung Irak und Afghanistan bei den Gefechten mit den Taliban in einem viel zu hohen Maße auf den Einsatz von Luftschlägen – mit entsprechend hohen zivilen Opferzahlen – zurück greifen muss. Allerdings gibt es im Moment Anzeichen, dass die britische Armee ihre Taktik verändert und die Fehlentwicklungen der letzten Monate zu korrigieren versucht in dem sie stärker die Zusammenarbeit mit der lokalen Bevölkerung und deren politischen Autoritäten sucht. Dennoch ist auch

der Afghanistan-Konflikt weit von einer Lösung entfernt; die britische Armee wird vermutlich die Truppenreduzierungen im Irak dazu nützen müssen, die Truppen in Afghanistan zu verstärken.

Europa

Bleibe eine weitere außenpolitische Handlungsebene, auf der Brown einen Neuanfang symbolisch inszenieren könnte: die britische Haltung zu Europa und vor allem zur Frage der EU-Verfassung. Auch in diesem Bereich hinterlässt Blair seinem Nachfolger kein besonders glückliches Erbe: Von Blairs Ankündigung 1997, Großbritannien „im Herzen Europas“ zu platzieren, ist wenig geblieben. Im Gegenteil: Großbritannien, so der ehemalige Innenminister Charles Clarke Mitte Januar in einem Artikel im *New Statesman*, „ist heute vom europäischen Machtzentrum weiter entfernt denn je.“

Bezüglich der Verfassung ist auch unter Brown keine Bewegung zu erwarten, da die EU sich in Großbritannien nach wie vor einer profunden Unpopularität erfreut. Sich unter den gegenwärtigen Bedingungen für die Verfassung auszusprechen, sie gar durch ein Referendum schleusen zu wollen, hieße auf offener Bühne politisches Harakiri zu begehen. Und dafür hat Brown keine zehn Jahre im Schatzamt überwintert.

Allerdings kann durchaus darüber spekuliert werden, ob Brown nicht mittelfristig einen europa-freundlicheren Kurs einschlagen könnte. Einige Überlegungen würden dafür sprechen:

- Der einseitig pro-amerikanische Kurs Blairs ist unpopulär und strukturell gescheitert. Der scheidende Direktor des Forschungsinstituts *Chatham House*, Victor Bulmer-Thomas, sieht im Irak-Krieg gar einen historischen Wendepunkt für die Außenpolitik Großbritanniens: „Wie Suez vor 50 Jahren markiert das Irak-Debakel eine Wasserscheide in der britischen Außenpolitik, die das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten für viele kommende Jahre verändern wird.“ Die einzige Alternative zu der gescheiterten Politik der bedingungslosen Nähe zu Washington bestünde für eine Mittelmacht mit globalen

Ambitionen wie Großbritannien in einer engeren Kooperation mit Europa. Eine solche dürfte Brown persönlich – mit seiner starken intellektuellen und kulturellen Fixierung auf die USA – nicht unbedingt leicht fallen. Für viele der jüngeren Labour-Politiker dürfte sie aber einer grundlegenden politischen und auch kulturellen Orientierung entsprechen.

- Großbritannien wird mit der sich abzeichnenden Erschöpfung der Gas- und Ölreserven in der Nordsee in zunehmendem Maße auf Energieimporte angewiesen sein. Hier besteht entsprechend ein großes Interesse der Briten vor allem gegenüber Russland (das russisch-britische Verhältnis hat sich in den letzten Jahren deutlich verschlechtert) im Verbund mit anderen großen EU-Staaten agieren zu können.

- Die Wahrscheinlichkeit, dass Gordon Brown mit zwei der Themen, die auf seiner internationalen Agenda weit oben stehen – die Entschärfung des Treibhauseffekts und die Hilfe für Afrika – in den USA großen Anklang finden wird, ist eher gering. Für diese Themen gibt es in EU-Europa sehr viel größere Sympathien. Gerade das Problem des Treibhauseffekts lässt sich nur von einem gegenüber den anderen globalen Großverschmutzern gemeinsam auftretenden Europa lösen.

- Der in der britischen Öffentlichkeit zunehmend an Bedeutung gewinnende Themenkomplex Treibhauseffekt/Klimawandel/Umweltpolitik ist für Labour auch (wahl)taktisch interessant. Aufgrund des globalen Charakters des Problems ist es offenkundig, dass einzelne europäische Nationalstaaten hier nur über geringe Einflussmöglichkeiten verfügen. Ein Vorgehen im EU-Verbund macht daher einen auch für die Wählerschaft nachvollziehbaren Sinn. Hier kann Labour mit seiner im Vergleich zu den Konservativen sehr viel konstruktiveren Haltung zu Europa einen deutlichen Unterschied zu den Tories markieren. David Camerons Betonung der Umwelt-Thematik kann als leere Rhetorik entlarvt werden, da die Tories die Voraussetzungen für ein erfolgreiches Vorgehen – die Kooperation in Europa – aufgrund ihres dogmatischen Anti-Europäismus nicht erfüllen können beziehungsweise wollen.

- Darüber hinaus hoffen nicht wenige

Europa-Unterstützer bei Labour darauf, dass es mittelfristig zu Bewegungen im Bereich des EU-Haushalts kommen wird. Eine sichtbare Umschichtung der Gemeinschaftsausgaben weg vom Agrarsektor hin zu den Zukunftsthemen Wissenschaft, Forschung und Ausbildung ist ein auch von Gordon Brown wiederholt formuliertes Kernanliegen Großbritanniens. Gelänge es hier signifikante Verschiebungen zu erreichen, könnte sich das Engagement einer Regierung Brown in der EU erheblich verstärken. Eine solche Grundreform der Gemeinschaftsausgaben erscheint im Moment als das einzig denkbare „Gegengeschäft“, das es Brown ermöglichen könnte, den britischen Wählern eine abgespeckte „Verfassung *light*“ schmackhaft zu machen.

Ein jüngeres Kabinett

Kurzfristig weit wichtiger als die inhaltliche Neuausrichtung wird allerdings zunächst einmal etwas anderes sein: Die Präsentation eines Kabinetts, das augenfällig einen Neuanfang symbolisiert. Denn das größte Problem Browns liegt nicht auf der inhaltlichen oder Kompetenz-Ebene, sondern darin, dass er eine absolut zentrale Figur jener Regierungsmannschaft ist, die das Land seit zehn Jahren regiert und an der sich die Leute schlicht satt gesehen haben. Brown ist – gerade im Vergleich zu David Cameron – ein im doppelten Sinne altbekanntes Gesicht. Das erste Kabinett Browns muss daher einen deutlichen Verjüngungsschub bringen, mit einer Reihe von zentralen Kabinettsposten in den Händen jüngerer Minister. Als sichere Kandidaten für wichtige Ämter können der Umweltminister David Miliband, sein Bruder Ed, der langjährige Brown-Adlatus Ed Balls und der Transportminister Douglas Alexander gelten. Aus den Reihen der so genannten „Blairites“ haben am ehesten die Jüngeren eine Chance auf einen Platz am Kabinettschiff: Gehandelt werden die gegenwärtigen Juniorminister James Purnell, Liam Byrne und Andy Burnham. Ebenso wichtig wird es sein, die Stellung und Sichtbarkeit weiblicher Politiker zu stärken; David Cameron genießt gerade bei den Wählerinnen einen deutlichen Sympathie-Vor-

sprung gegenüber Brown. Die Stärkung der Präsenz jüngerer Frauen im Kabinett ist vermutlich die einzige Möglichkeit, diesen Effekt zu konterkarieren. Eine Kandidatin für wichtige Ämter ist hier die Wohnungsbauministerin (und Ed-Balls-Ehefrau) Yvette Cooper; eine andere die Ministerin für *Communities and Local Government*, Ruth Kelly, deren Stern allerdings 2006 – nach einer eher unglücklichen Figur bei der Handhabung der Schulreform-Gesetzgebung in ihrem vorherigen Amt als Erziehungsministerin – nicht mehr so hell strahlte wie 2005.

Insgesamt wird Brown eine sehr schwierige Balance zwischen Kontinuität und Wandel zu wahren haben. Zu viel Wandel könnte, als Ablehnung des Blair'schen Erbes interpretiert, innerparteiliche Gräben aufreißen

und das Sperrfeuer konservativer Mediengruppen hervorrufen. Zu viel Kontinuität könnte den Überdruß des Publikums an einer schon lange dienenden Regierungspartei weiter anfachen und die Erwartungen der Partei enttäuschen, die von Brown eine Neuorientierung vor allem in der Außenpolitik, aber auch in anderen Politikfeldern erwartet. „Kontinuität mit den Blair-Jahren“ schrieb David Miliband Mitte Januar im *Daily Telegraph* „ist eindeutig nicht ausreichend. Politik in der Nach-Blair-Phase kann nicht Mehr von dem Selben bedeuten.“ Brown hat nun fünf Monate Zeit, Labour und die britische Öffentlichkeit über die Grundlinien seiner Politik zu informieren. Vor der Amtsübergabe wird er allerdings nicht alle seine Karten auf den Tisch legen.

Blickpunkt Großbritannien

Die letzten Veröffentlichungen der FES London können wir Ihnen auch gerne auf Nachfrage hin zusenden. Bitte kontaktieren Sie uns bezüglich Bestellungen des Londoner Büro, dessen Kontaktdaten Sie auf der Kontaktseite der website www.feslondon.org.uk finden können.

Gordon Brown – ein heimlicher Europäer?

<http://www.feslondon.org.uk/documents/BrownderEuropaer.pdf>

Ernst Hillebrand

Im Lauf des ersten Halbjahres 2007 wird der bisherige Finanzminister Gordon Brown das Amt des britischen Premierministers übernehmen. Brown gilt in der Öffentlichkeit als Euroskeptiker, der für die EU und ihre Institutionen nur wenig Sympathie hegt und dessen politisches und intellektuelles Interesse weit mehr den USA gilt. Aber ist dieses Bild richtig?

GROSSBRITANNIEN: DIE LAGE LABOURS AM ENDE DER ÄRA BLAIR

http://www.feslondon.org.uk/documents/FES-NALYSE_GROSSBRITANNIEN_000.pdf

von Ernst Hillebrand

Im Vorfeld ihres Parteitages Ende September befindet sich die britische Labour Party in einer Krise. Mit dem Ende der Amtszeit Tony Blairs muss die Partei sich nicht nur personell, sondern auch inhaltlich erneuern, will sie eine Niederlage bei den nächsten Unterhauswahlen vermeiden. Lesen Sie mehr in der aktuellen FES-Analyse zur Situation Labours am Ende der Blair-Ära.

„BRITISHNESS“– ODER GIBT ES EINEN NATIONALISMUS FÜR DAS 21. JAHRHUNDERT?

<http://www.feslondon.org.uk/documents/BlickpunktGBBritishnationalidentity.pdf>

Michael Wills

Im Umfeld des britischen Schatzkanzlers Gordon Brown wird seit geraumer Zeit darüber diskutiert, wie die wachsende Heterogenität der britischen Gesellschaft in einem neuen, den Realitäten des 21. Jahrhunderts gerecht werdenden nationalem Identitätsgefühl aufgefangen werden kann. Einer der wichtigsten Beteiligten dieser Debatte ist der Unterhaus-Abgeordnete Michael Wills, der im folgenden Text die Grundzüge dieser Debatte und ihre zentralen Element zusammenfasst.